



Vertreter der Bürgerinitiative aus Lützellinden und der Klimaschutzbewegung Fridays for Future demonstrierten am Donnerstag vor Beginn der Stadtverordnetensitzung für ihre Ziele. Am Ende dürften die Schüler/innen mit den Beschlüssen zufriedener gewesen sein als die Lützellindener. (Fotos: mö)

Alles Lüge?

In Gießen sollen ab 2035 von Menschen keinerlei Treibhausgase mehr verursacht werden. Das hat das Stadtparlament am Donnerstagabend beschlossen.

Über die Wahrhaftigkeit des neuen Klimaziels entbrennt ein Streit, der die CDU fast zerreißt. Die Abstimmung über den Bürgerantrag Gießen 2035Null wird zur Farce.

Von Burkhard Möller

Wer am Donnerstag den Stadtteil der Gießener Allgemeinen gelesen hat, dem werden die beiden ersten Seiten vielleicht zu monothematisch gewesen sein. Es ging um die aktuellen Wirtschaftsdaten und den Stadthaushalt 2020. Die Botschaft der Zahlen: **Gießen bleibt auf Wachstumskurs. Passend dazu billigte das Stadtparlament am Abend die Großplanungen zur Ansiedlung eines riesigen Logistikzentrums im früheren US-Depot und zum Wohn- und Gewerbegebiet Philosophenhöhe. Die Frage, wie die Realitäten mit dem Ziel, Gießen binnen 15 Jahre zu einer klimaneutralen Stadt zu machen, unter einen Hut zu bringen sind, führte zu einer emotionalen Debatte über den Bürgerantrag Gießen 2035Null.** Höhepunkt war der Auftritt des FDP-Stadtverordneten Martin Preiß, der sich an die zahlreichen Zuschauer wandte: »Ich will Sie nicht belügen, deshalb kann ich dem nicht zustimmen.«

Zuvor hatte bereits Heiner Geißler, Fraktionschef der Freien Wähler, gefordert, den Bürgern reinen Wein einzuschenken, was eine Vorverlegung des Klimaziels um 15 Jahre bedeutet. Wenn wie in dem Bürgerantrag formuliert, »alle verfügbaren Mittel« zur Umsetzung des neuen Klimaziels eingesetzt werden, werde das zu einer »massiven Einschränkung der Lebensqualität führen«, warnte Geißler, der von Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie Fahrverboten sprach.

SPD-Fraktionschef Christopher Nübel warf Freien Wählern und FDP »Angstmache« vor, zeigte Richtung AfD-Fraktion und rief: »Laufen Sie denen doch nicht hinterher!«

Für die AfD hatte Thomas Biemer zuvor angekündigt, dass seine Fraktion den Beschluss des Bürgerantrags zur Klimaneutralität von der Kommunalaufsicht des Regierungspräsidiums überprüfen lassen werde. Hintergrund der Ankündigung: Über die Gießener Bürgerbeteiligungssatzung und insbesondere das darin verankerte Instrument des Bürgerantrags streiten die Stadt Gießen und das Land Hessen vor Gericht.

CDU-Fraktion gespalten

Die Debatte und vor allem die Ankündigungen von FDP und Freien Wähler, sich beim Bürgerantrag zu enthalten sowie die Aufforderung der drei Gießener BID-Vereine, den Antrag der Initiative Gießen 2035Null abzulehnen, hinterließen in der CDU-Fraktion offenbar Spuren. Als über den Bürgerantrag abgestimmt wurde, nahmen fünf der elf anwesenden CDU-Stadtverordneten an der Abstimmung einfach nicht teil, die Abgeordnete Julia Sator enthielt sich. Die anderen fünf Christdemokraten, darunter Fraktionschef Klaus Peter Möller,

Der Bürgerantrag im Wortlaut

Diesen Beschluss haben die Stadtverordneten am Donnerstagabend gefasst:

»Die Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 wird zum offiziellen Ziel der Stadt Gießen erklärt. Dieses Ziel wird mittels einer Satzung oder eines anderen rechtlichen Instruments kurzfristig verbindlich festgelegt. Um dieses Ziel zu erreichen, stellen die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung alle erforderlichen Mittel (finanziell, organisatorisch, planerisch etc.) bereit bzw. entwickeln diese. Die Bürgerschaft ist in diesen Prozess intensiv einzubeziehen und jährlich in öffentlichen Veranstaltungen über die in der Zwischenzeit entwickelten bzw. umgesetzten Maßnahmen, deren Effekte und noch erforderliche Maßnahmen zu informieren.«

votierten mit Ja. Stadtverordnetenvorsteher Frank Schmidt (SPD) indes zählte Sators Enthaltung und die fünf nicht abgegebenen Stimmen als Ja-Stimmen. Daraufhin ging Sator in der Sitzungspause zum Protokollanten und verlangte, dass ihre Enthaltung vermerkt wird. »Ich bin meinem Gewissen verpflichtet«, meinte sie später im Foyer.

„Das wird sportlich“

Klaus Peter Möller (CDU) zu 2035Null

Aber auch ohne die sechs Stimmen aus der CDU hätte **der Bürgerantrag eine Mehrheit erhalten, da neben SPD und Grünen auch die Oppositionsfraktionen Gießener Linke, Bürgerliste und Piraten zustimmten.**

Für die Initiative Gießen 2035Null hatte zu Beginn Lutz Hiestermann, Vorsitzender des Vereins **Lebenswertes Gießen**, appelliert: **»Wir dürfen diesen Kampf nicht verlieren.« Es gehe darum, das Erforderliche zu ermöglichen, damit das Klimaziel erreicht werde. Gießen 2035Null könne zum »Narrativ« der Stadtgesellschaft werden.**

Die Fraktionschefs der Koalition betonten die Chancen, die der Weg zur Klimaneutralität biete. Klaus Dieter Grothe (Grüne) erwartet einen »Schub«, auch wenn es aus Berlin keinen Rückenwind für ehrgeizige Klimaziele gebe. Klaus Peter Möller (CDU) bezeichnete den Bürgerantrag als »überfälliges Signal« und umschrieb die Herausforderung mit den Worten: »Das wird sportlich.«

Über die Ausgangslage in Gießen gab es unterschiedliche Angaben. Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz sprach von einer 15-prozentigen Kohlendioxid-Reduzierung seit 1990, Grothe von 25 Prozent. So oder so muss in den nächsten 15 Jahren der Treibhausgasausstoß also gewaltig reduziert werden. Die Klimaziele im Land Hessen und im Bund sind weniger ambitioniert und liegen jeweils bei 2050. CDU-Chef Möller dazu: »Wir werden sehen, bis wohin wir es allein schaffen.« OB Grabe-Bolz stellte fest: »Wir schaffen das nicht allein.«

In einem einstimmig gefassten Zusatzbeschluss forderten die Fraktionen den Magistrat auf, bis zum Frühjahr Bilanz zu ziehen, was bisher in Sachen Klimaschutz in Gießen geleistet wurde, ob das Ziel 2035 erreicht werden kann und was es kosten könnte.

Kommentar



Greta und Pippi

Von Burkhard Möller

Man möge doch bitte nicht so martialisch über das Klimathema reden, hieß es am Donnerstag im Stadtparlament in der Debatte über den Bürgerantrag Gießen 2035Null. Greta Thunberg hat kein Problem mit drastischer Sprache. Sie macht den Menschen ganz bewusst Angst vor den Folgen des Klimawandels und erklärt sich damit auch die Hasswelle gegen sich und die Bewegung Fridays for Future. »Sie fühlen sich bedroht von uns«, sagte die Ikone der Klimaschutzbewegung soeben in New York. Auch ansonsten klingt die junge Schwedin eher nach Churchill (»Wir werden niemals aufgeben«) als nach Gandhi. Auch in Gießen wird gekämpft. Grünen-Fraktionschef Grothe sagte kürzlich, dass »Verteilungskämpfe« auf dem Weg zur Klimaneutralität unvermeidlich seien. Sogar Gießen-2035Null-Initiator Lutz Hiestermann sprach im Stadtparlament von einem »Kampf«, der zum »Narrativ« der Stadtgesellschaft werden könnte.

Zu jeder großen Erzählung indes gehört die Opferbereitschaft. Was also ist so schlimm daran, wenn Heiner Geißler von den Freien Wählern fordert, den Gießenern deutlich zu sagen, welche Opfer sie in diesem »Kampf« bringen müssen, wenn in Gießen ab dem Jahr 2035 von Menschen kein Treibhausgas mehr ausgestoßen werden darf? Auch die von Martin Preiß (FDP) aufgeworfene Frage nach der Wahrhaftigkeit des Klimaziels 2035 ist berechtigt. In der gleichen Sitzung, in der die Oberbürgermeisterin ankündigte, dass ab sofort alle Maßnahmen der Stadt hinsichtlich ihrer Auswirkung aufs Klima überprüft werden, lehnte es die Koalition ab, sich endgültig vom Gewerbepark Lützellinden zu verabschieden. Zudem wurde die Ansiedlung eines riesigen Logistikzentrums beschlossen, das in Gießen einen CO₂-Fußabdruck wie von Godzilla hinterlassen wird. Für die Otto-Entscheidung gibt es viele gute Gründe, der Klimaschutz zählt nicht dazu. Zu diesem Selbstbetrug passt das Zählen von Ja-Stimmen für das neue Klimaziel, wo keine waren. So ganz nach dem Motto einer anderen jungen Schwedin: »Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt.«